



An den Grossen Rat

21.5356.02

PD/P215356

Basel, 23. Juni 2021

Regierungsratsbeschluss vom 22. Juni 2021

## Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend «Islamisierung in Basel»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat überwiesen:

«Lebten 1970 etwa 5'000 Muslime in Basel, sind es heute rund 40'000. Längst regeln in einzelnen Stadtteilen von Basel Imane und Clan-Chefs und nicht mehr die Polizei Streitigkeiten. Unsere Justiz macht immer mehr Zugeständnisse an ein uns fremdes, von der Scharia geprägtes, Rechtsempfinden. Verschiedene Konfessionen betreiben aus dem Ausland eine Missionierung Basels und Europas und versuchen, gezielt Leute in Medien und gesellschaftliche Institutionen einzuschleusen.

1. Wie viele Muslime leben heute in Basel-Stadt?
2. Was für eine Bedeutung hat der runde Tisch der Religion in Basel? Es kann sein, dass ich hier einen falschen Namen bring. Aber es gibt doch so Zusammenkünfte.
3. Was unternimmt der Kanton, dass es nicht zu sehr zu einer Islamisierung kommt? Einwanderung ist ok, aber eben in Massen. Ohne Einwanderung würde ich es mich im Grossen Rat auch gar nicht geben.

Eric Weber»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

In der Strukturerhebung von 2019 wurden hochgerechnet 10.9% der Basler Bevölkerung zu islamischen Glaubensgemeinschaften gezählt, wovon weniger als die Hälfte als praktizierend gilt.

Der Runde Tisch der Religionen beider Basel wurde 2007 von der Kantonalen Integrationsstelle Basel-Stadt ins Leben gerufen. Sein Ziel ist ein lösungsorientierter Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Religionsgemeinschaften sowie den kantonalen Behörden und der Öffentlichkeit.

Der Kanton verfolgt eine vielschichtige und präventive Strategie gegen jegliche Formen von Radikalisierung. Durch Informationsvermittlung, Begegnung und Dialog sowie verschiedene Anlauf- und Beratungsstellen sollen Vorurteile abgebaut und Vertrauen gestärkt werden.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans  
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin